

BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de



„Kundgebung

„Gemeinsam gegen die israelische Politik der Blockade, Vertreibung, Besatzung und Expansion“

Sonntag, 21. Juni 2026, KIRCHENPLATZ GIESSEN

Rede von Ramazan Kuruyüz, Vorsitzender der IRH

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade ALLAHs mögen auf euch sein!

Liebe Geschwister,

liebe Freundinnen und Freunde des Friedens, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit,

im Namen der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen begrüße ich euch herzlich zu unserer heutigen Kundgebung auf dem Kirchenplatz in Gießen.

Eure Anwesenheit ist ein Zeichen der Menschlichkeit.

Eure Anwesenheit ist ein Zeichen der Solidarität.

Eure Anwesenheit ist ein Zeichen dafür, dass wir nicht bereit sind, angesichts von Unrecht, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen zu schweigen.

Heute stehen Menschen im Mittelpunkt, die den Mut hatten, nicht wegzusehen.

Menschen, die persönliche Risiken auf sich genommen haben, um humanitäre Hilfe nach Gaza zu bringen und den Menschen dort ihre Solidarität zu zeigen.

Deshalb möchte ich zunächst unsere Gäste von Herzen begrüßen und ihnen unseren tiefen Respekt aussprechen:

- Zohar Chamberlain Regev
- Hakan Kaya
- Engin Dogan
- Dr. Abdurrahim Kutlucan

Sie alle haben Verantwortung übernommen.

Sie alle haben Menschlichkeit gezeigt.

Sie alle haben bewiesen, dass Mitgefühl stärker sein kann als Gleichgültigkeit.

Bitte begrüßen wir unsere Gäste mit einem herzlichen Applaus!

Liebe Freundinnen und Freunde,

heute begrüßen wir auch unseren Gastredner Julian Hundt.

Julian Hundt ist Lehrer für Mathematik und Informatik. Nach elf Jahren im Schuldienst wurde er suspendiert. Der Grund: kritische Äußerungen zur Politik der israelischen Regierung und zur Haltung der Bundesregierung im Zusammenhang mit Gaza.

Liebe Freundinnen und Freunde,

dieser Fall betrifft nicht nur Julian Hundt.

Er betrifft die Meinungsfreiheit.

Er betrifft die Demokratie.

Er betrifft die Frage, ob Menschen, die sich friedlich für Menschenrechte, Völkerrecht und Gerechtigkeit einsetzen, berufliche Konsequenzen befürchten müssen.

Als Lehrer und Kollege sage ich heute:

Lieber Julian, herzlich willkommen!

Und ich erkläre meine Solidarität mit dir.

Wer Menschenrechtsverletzungen kritisiert, ist kein Extremist.

Wer die Würde von Kindern verteidigt, ist kein Extremist.

Wer friedlich gegen Unrecht seine Stimme erhebt, ist kein Extremist.

Im Gegenteil:

Menschenwürde zu verteidigen,

für Recht einzutreten,

und den Schwachen eine Stimme zu geben,
entspricht dem Geist unseres Grundgesetzes.

Eine Demokratie braucht keine Angst.

Eine Demokratie braucht keine Einschüchterung.

Eine Demokratie braucht offene Debatten.

Eine Demokratie braucht mutige Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb begrüßen wir Julian Hundt heute ganz besonders.

Und deshalb sagen wir:

Menschen dürfen nicht für ihr Gewissen bestraft werden.

Menschen sollen für ihren Mut und ihr friedliches Engagement Respekt erhalten.

Liebe Freundinnen und Freunde,

unsere heutige Kundgebung steht unter einer einfachen, aber zugleich erschütternden Frage:

„Wenn schon internationale Friedensaktivisten der Global Sumud Flotilla so rechtswidrig und menschenunwürdig behandelt und gedemütigt wurden – wie ergeht es dann erst den Palästinensern in Gaza und in israelischen Gefängnissen?“

Genau diese Frage müssen wir uns heute stellen.

Die Aktivistinnen und Aktivisten der Global Sumud Flotilla trugen keine Waffen.

Sie trugen Menschlichkeit.

Sie trugen Mitgefühl.

Sie trugen Verantwortung.

Sie wollten keine Konfrontation.

Sie wollten humanitäre Hilfe ermöglichen.

Sie wollten das Schweigen über Gaza durchbrechen.

Sie wollten die Welt daran erinnern, dass Menschenrechte auch für die Menschen in Gaza gelten.

Sie riskierten ihre Freiheit.

Sie riskierten ihre Sicherheit.

Sie riskierten sogar ihr Leben.

Nicht für persönliche Vorteile.

Nicht für politische Macht.

Sondern aus Solidarität mit einer leidenden Bevölkerung.

Doch statt Respekt erfuhren diese internationalen Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten Festnahmen, Schikanen und Demütigungen.

Und genau deshalb stellt sich die Frage unserer heutigen Kundgebung:

Wenn bereits unbewaffnete Friedensaktivisten so behandelt werden – wie ergeht es dann erst den Menschen in Gaza und den Palästinensern in israelischen Gefängnissen?

Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir in Gaza eine humanitäre Katastrophe historischen Ausmaßes.

Millionen Menschen leiden unter Hunger, Vertreibung, fehlender medizinischer Versorgung und der Zerstörung grundlegender Lebensbedingungen.

Kinder wachsen unter Bomben, Angst und Hoffnungslosigkeit auf.

Mütter und Väter wissen oft nicht, ob ihre Kinder den nächsten Tag erleben werden.

Internationale Hilfsorganisationen warnen seit Monaten vor Hunger, Krankheiten und dem Zusammenbruch der gesamten Versorgung.

Was wir in Gaza erleben, ist nicht nur eine humanitäre Krise.

Es ist eine moralische Herausforderung für die gesamte Menschheit.

Deshalb stehen wir heute hier.

Nicht aus Hass.

Nicht gegen Menschen aufgrund ihrer Religion oder Herkunft.

Sondern aus Mitgefühl, Verantwortung und Menschlichkeit.

Und aus der Überzeugung, dass die Würde jedes Menschen unantastbar ist.

Die Würde eines palästinensischen Kindes ist genauso unantastbar wie die Würde jedes anderen Kindes auf dieser Welt.

Wer die Menschenwürde ernst nimmt, darf bei diesem Leid nicht schweigen.

Wer die Menschenrechte ernst nimmt, darf nicht wegsehen.

Und wer das Völkerrecht ernst nimmt, muss fordern, dass es für alle Menschen und für alle Staaten gleichermaßen gilt.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir erleben seit Jahren ein bekanntes Muster:

Statt über Besatzung zu sprechen,
wird über Antisemitismus gesprochen.

Statt über Vertreibung zu sprechen,
wird über Antisemitismus gesprochen.

Statt über getötete Kinder,
Völkermord und Völkerrechtsbrüche zu sprechen,
wird über Antisemitismus gesprochen.

Wir sagen heute erneut klar:

Antisemitismus ist menschenfeindlich.

Antisemitismus ist ein Angriff auf die Menschenwürde – genauso wie antimuslimischer Rassismus und jede andere Form von Rassismus.

Deshalb bekämpfen wir Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit mit der gleichen Entschlossenheit.

Aber:

Der Kampf gegen Antisemitismus darf nicht dazu missbraucht werden, Kritik an Menschenrechtsverletzungen oder völkerrechtswidrigem staatlichem Handeln zum Schweigen zu bringen.

Kritik an der israelischen Regierung ist kein Antisemitismus.

Kritik an Kriegsverbrechen Israels ist kein Antisemitismus.

Die Verteidigung des Völkerrechts ist kein Antisemitismus.

Die Verteidigung der Menschenwürde ist kein Antisemitismus.

Die Solidarität mit den Opfern von Krieg, Vertreibung und Unterdrückung ist kein Antisemitismus.

Wir wollen keine Sonderrechte für irgendjemanden.

Wir wollen gleiche Maßstäbe für alle.

Menschenrechte für alle.

Menschenwürde für alle.

Völkerrecht für alle.

Liebe Freundinnen und Freunde,

bei aller Sorge um die aktuelle Lage gibt es auch Entwicklungen, die Anlass zur Hoffnung geben.

In diesen Tagen bemühen sich die Vereinigten Staaten und der Iran um weitere Verhandlungen über ein Friedensabkommen.

Wir begrüßen jeden ernsthaften Schritt in Richtung Dialog, Deeskalation und Frieden.

Wir hoffen auf ein gerechtes und dauerhaftes Friedensabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran.

Die Menschen im Nahen Osten brauchen Sicherheit, Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung und Frieden.

Deshalb appellieren wir auch an die Regierung der Vereinigten Staaten:

Lassen Sie sich nicht in weitere militärische Eskalationen hineinziehen.

Nutzen Sie Ihren Einfluss für Frieden, Diplomatie und Völkerrecht.

Wenn die Vereinigten Staaten tatsächlich Frieden im Nahen Osten wollen, dann sollten sie ihren politischen Einfluss nutzen, um auf die israelische Regierung Druck auszuüben:

für ein Ende der Angriffe,

für ein Ende der Blockade,

für ein Ende der Vertreibung,

für ein Ende der Besatzung,

und für ein Ende der Expansion.

Umso bedrückender ist es, dass wir gleichzeitig erleben, wie die israelische Regierung weiterhin auf militärische Eskalation statt auf politische Lösungen setzt.

Die Folgen dieser Politik beschränken sich längst nicht mehr auf Gaza und das Westjordanland.

Auch im Libanon haben Israels Angriffe, Zerstörungen und Vertreibungen schweres menschliches Leid verursacht.

Hunderttausende Familien mussten ihre Häuser verlassen.

Menschen verloren Angehörige, ihre Existenzgrundlagen und ihre Sicherheit.

Wie in Gaza zahlen vor allem Zivilisten den Preis für Gewalt und Eskalation.

Wer Frieden will, muss den Weg der Verhandlungen gehen.

Wer Frieden will, muss das Völkerrecht achten.

Wer Frieden will, muss die Menschenwürde aller Menschen respektieren.

Doch viele Entscheidungen und Äußerungen führender Vertreter der israelischen Regierung lassen leider befürchten, dass nicht eine gerechte Friedensordnung, sondern die Fortsetzung von Konfrontation, Besatzung, Vertreibung und Expansion im Vordergrund steht.

Gerade deshalb wächst weltweit die Sorge, dass die Gewaltpolitik der israelischen Regierung zu den größten Hindernissen für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten gehört.

Liebe Freundinnen und Freunde,

besonders kritisch sehen wir die Haltung der Bundesregierung.

Wie kann ein demokratischer Rechtsstaat, der sich auf Menschenrechte, Menschenwürde und Völkerrecht beruft, weiterhin an einer Politik der nahezu uneingeschränkten Solidarität mit der israelischen Regierung festhalten?

Wie kann Deutschland von anderen Staaten die Einhaltung des Völkerrechts verlangen, während offensichtliche Verstöße Israels kaum politische Konsequenzen haben?

Diese Fragen stellen sich heute immer mehr Menschen in Deutschland und weltweit.

Besonders bemerkenswert ist, dass inzwischen selbst enge westliche Partner Israels Konsequenzen ziehen.

Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland und Norwegen haben Sanktionen gegen die israelischen Minister Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich verhängt.

Sie begründen diesen Schritt mit extremistischen Äußerungen, der Unterstützung von Vertreibungspolitik, dem Ausbau illegaler Siedlungen und schwerwiegenden Verstößen gegen die Rechte der Palästinenser.

Wenn andere demokratische Staaten den Mut haben, klare Konsequenzen zu ziehen, dann muss auch Deutschland den Mut finden, seine bisherige Politik kritisch zu überprüfen.

Wir erwarten von der Bundesregierung keine Parteinahme für Israelis oder Palästinenser.

Wir erwarten etwas viel Einfacheres:

Die gleiche Anwendung von Menschenrechten, Menschenwürde und Völkerrecht auf alle Menschen und alle Staaten.

Deutschland darf nicht mit zweierlei Maß messen.

Deutschland muss auf der Seite des Rechts stehen.

Deutschland muss auf der Seite der Menschenwürde stehen.

Deutschland muss auf der Seite des Friedens stehen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir sagen heute als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen ganz klar:

Wir werden nicht schweigen.

Wir werden unsere Stimme weiter erheben.

Wir werden unsere Kundgebungen und Demonstrationen fortsetzen.

Wir werden weitermachen,

solange Menschenrechte verletzt,

Menschenwürde missachtet,

Gaza blockiert,

Palästina besetzt

und dem palästinensischen Volk seine grundlegenden Rechte verweigert werden.

Wir werden Gaza nicht vergessen.

Wir werden Palästina nicht vergessen.

Und wir werden uns von niemandem einschüchtern lassen.

Unsere Kraft liegt nicht in Waffen.

Unsere Kraft liegt nicht in Macht.

Unsere Kraft liegt in Wahrheit.

Unsere Kraft liegt in Menschlichkeit.

Unsere Kraft liegt in Solidarität.

Unsere Kraft liegt in Beharrlichkeit.

Lasst uns heute aufmerksam zuhören.

Lasst uns die Berichte unserer Gäste hören.

Lasst uns die Erfahrungen der Friedensaktivisten und des Arztes hören, die das Leid der Menschen mit eigenen Augen gesehen haben.

Lasst uns ihre Botschaft in unsere Familien, in unsere Städte, in unsere Schulen, in unsere Gemeinden und in unsere Gesellschaft tragen.

Und lasst uns gemeinsam ein deutliches Zeichen setzen:

Für Menschenwürde.

Für Völkerrecht.

Für Solidarität.

Für Frieden.

Für Freiheit.

Für Gerechtigkeit.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.